

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 10

Artikel: Sozialgeschichte des Nahostkonfliktes : Konfliktpotential im Nahen Osten
Autor: Hollstein, Walter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340155>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

keit und Würde eröffnet? Welche politischen Rahmenbedingungen müssen in den westlichen Industriestaaten – strukturell und prozedural – geschaffen werden für ein qualitatives Wachstum, das die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit erhält, dem blinden Konkurrenz- und Profit-Mechanismus aber keine

humanen, ökologischen, sozialen Grundwerte opfert? Welches sind die neuen Konzepte für eine menschenwürdige Sozialordnung, die soziale Sicherheit zugleich wirtschaftlicher und gerechter gewährleistet? Dies werden zentrale Themen der Überarbeitung des Godesberger Programms der SPD sein. Wir wol-

len die KPI nicht auf unsere Linie einschwören. Wir werden sie aber nach ihren eigenen Vorstellungen befragen. Dass solche Gespräche sinnvoll sind und fruchtbar sein können, dafür hat Berlinguer mit dem Fundament gelegt. Wir bekunden ihm über das Grab hinaus unseren grossen Respekt.

Sozialgeschichte des Nahostkonfliktes

Konfliktpotential im Nahen Osten

Von Walter Hollstein

Dieser Artikel ist ein Auszug aus Walter Hollsteins Buch «Kein Frieden um Israel – Sozialgeschichte des Nahostkonflikts», das demnächst im promedia-Verlag in Wien erscheinen wird. Es handelt sich dabei um ein Werk, das in seiner ersten Auflage bereits 1972 im S.-Fischer-Verlag erschien und dort – nach vier Auflagen – beim Wechsel des Verlagsmanagements aus politischen Gründen nicht wieder aufgelegt wurde. Die nun im promedia-Verlag veröffentlichte Arbeit ist um einige neue Kapitel erweitert und aktualisiert worden. Unser Auszug entstammt einem der neuen Kapitel.

Der Nahostkonflikt, wie er sich heute präsentiert, ist durch den zionistischen Machtanspruch in einer arabischen Region geschaffen worden. Je mehr sich dieser Machtanspruch des Zionismus dabei jeweils der klassischen Zielvorstellung eines jüdischen Landes vom Euphrat bis an den Nil annähert, desto brisanter wird der Konflikt zwischen Arabern und Juden. Eingedenk der tatsächlichen Gegebenheiten im Nahen Osten warnte z. B. de Gaulle die Israelis vor dem «Sechs-Tage-Krieg», dass sie nach einem militärischen Erfolg die Gefangenen ihres Sieges sein würden. Dieses antizipierende Wort bestätigte sich wie ähnliche Voraussagen früher und später. Der Zionismus konnte sich indessen auch nach 1967 nicht von seiner ihm inhärenten Logik von Okkupation und Repression gegenüber den Arabern befreien und blieb dergestalt das entscheidende

Hindernis aller Friedensbemühungen.

Ungeachtet aller arabischen Interessen setzte der Zionismus in die Praxis um, was Ben Gurion einst als Maxime formulierte: «Was die Eingeborenen sagen, interessiert uns nicht; wichtig ist einzig, was die Juden machen.» So kolonisierten denn die Israelis auch nach 1967 die besetzten Gebiete, schufen durch die Gründung von Wehrdörfern und Siedlungen ihre «vollendeten Tatsachen» und lehnten eine Rückgabe des faktisch annektierten ab. Mit Moshe Dayan – dem früheren Verteidigungs- und späteren Aussenminister – postulierte der Zionismus, Gebietsbesitz dem Frieden «vorzuziehen». Diese zionistische Strategie fand die international, insbesondere die totale amerikanische Unterstützung, solange Israel im Nahen Osten die exklusive Funktion hatte, den arabischen Nationalismus zu schwä-

chen. Seither hat vor allem die Veränderung ökonomischer Prioritäten zu einer internationalen Aufwertung der gemässigten arabischen Regimes geführt.

«Mit der Wendung imperialistischer Interessen in der Region von blosser Rohstoffextraktion auch zur Kapitalakkumulation hin verändern sich auch die Herrschaftsformen; d. h. die Interessendurchsetzung, die hauptsächlich auf unmittelbarer Gewaltanwendung basierte, verändert sich in Richtung ökonomischer Durchdringung. Damit verliert der zionistische Staat Israel tendenziell die Funktion eines Kettenhundes für die jeweiligen imperialistischen Mächte.

Wir betrachten den Oktoberkrieg als ein deutliches Anzeichen für den Erosionsprozess des zionistischen Unternehmens, der im Zusammenhang mit der Entwicklung auf dem Weltmarkt, den damit zusammenhängenden politischen Veränderungen in der Region, die ihren Ausdruck im Charakter der arabischen Regimes wiederfinden, dem palästinensischen Widerstand und nicht zuletzt mit der inner-israelischen Entwicklung verbunden gesehen werden muss.»

Daraus sollte indessen keine *grundsätzliche* Schwächung der israelischen Bastion innerhalb der amerikanischen Nahostpolitik abgeleitet werden. Bei der ständigen Kontestation der arabischen Regimes durch die arabischen Massen ist in Ägypten, Syrien, Jordanien u.a. potentiell jederzeit eine Veränderung gegenwärtiger Herrschaft und damit auch gegenwärtiger West-Orientierung möglich.

Angesichts dieser politischen Unsicherheit, die im Charakter der arabischen Regimes begründet ist, bleibt Israel vorläufig noch immer der verlässlichste Verbündete der USA im Nahen Osten. So sind denn auch die wesentlichen Schritte der US-Diplomatie nach dem Oktoberkrieg sorgsam mit Jerusalem koordiniert worden, und der Plan, Ägypten und Syrien zusammenzubringen, um so besser die PLO zu isolieren, ist der Kissinger-Politik von Israels Botschafter in Washington, Dinitz, eingefügt worden.

Die *Ambivalenz amerikanischer Nahostpolitik*, einerseits aus primär ökonomischen Gründen sich den gemässigten arabischen Regimes anzunähern, andererseits aber aus berechtigter Furcht vor der schmalen Legitimationsbasis der meisten arabischen Staaten Israel als pro-amerikanischen Stützpfeiler im Mittelmeerraum aufrechterhalten zu müssen, bedingt die permanente Kontradiktion des amerikanischen Agierens im Nahen Osten. Ein Musterbeispiel für diese Widersprüchlichkeit ist der 27.6.1977, an dem die Carter-Administration zum einen in Kritik an Äusserungen Begin wiederholte, dass bei Verhandlungen zwischen Israel und den arabischen Staaten alle besetzten Gebiete Gegenstand der Diskussion sein müssten; zum anderen kündigten die USA jedoch gleichzeitig eine neue Rü-

stungshilfe für Israel in Höhe von 115 Millionen Dollar an.

Insofern muss berücksichtigt werden, dass nicht nur Israel der Gefangene des Zionismus ist, sondern auch die USA sich vor der gegenwärtig nahezu unlösbaren Aufgabe sehen, eine Nahostpolitik zu revidieren, der sie fast vierzig Jahre lang eindimensional gefolgt sind. Sowohl Israel wie die USA – wenn auch auf unterschiedlichen Ebenen – sind im Netz ihrer zionistisch-imperialistischen Koalition ver- und gebunden.

Dabei ist Israel zwar militärisch und mittlerweile noch mehr ökonomisch von den USA abhängig, aber gleichzeitig mit einem politischen Spielraum versehen, der Eigeninitiative durchaus zulässt, wie wir mehrmals deutlich aufgezeigt haben: Diese partielle Autonomie basiert grundsätzlich auf der nur indirekten Verbindung Israels mit dem Imperialismus und im speziellen auf dem zionistischen Wissen um die Rolle, die es im Gefüge der US-Politik nach wie vor einnimmt.

So ist zu verstehen, dass die Begin-Regierung die Vorschläge der Carter-Administration über die Schaffung einer palästinensischen «Heimstätte» ebenso als «inakzeptabel» verwerfen kann wie die amerikanischen Friedenspläne für Nahost insgesamt. Die geschilderte zionistisch-imperialistische Interdependenz erklärt auch, dass die US-Politik nach den intransigenten Erklärungen Israels zurückerbte und Präsident Carter – wider alle Tatsächlichkeiten – «schon eine Mässigung in den Ansichten von Begin» erkannte.

Die Macht des zionistischen Einflusses *innerhalb der USA* ist ein eminentes Moment, das die ausserpolitische Interessenver-

strickung von Israel und Amerika verstärkt und zu einem Teil sogar erklärt. Aus dieser Optik konstatierte Senator Fulbright im US-Senat: «Weder eine freiwillige noch eine aufgezwungene Lösung (des Nahostkonflikts.W.H.) ist in der nächsten Zukunft zu erwarten, das liegt in erster Linie an der Weigerung der US-Administration, die von starken Mehrheiten im Kongress unterstützt wird, ihre Bindung an die gegenwärtige Politik Israels zu modifizieren.» Obwohl diese Äusserung Fulbrights vor dem Oktoberkrieg fiel, sind die pro-israelische Orientierung der US-Kongressmehrheit und die dahinter stehenden zionistischen Pressionen noch immer vorhanden.

Beispielhaft skizzierte der demokratische Senator James Abourezk diesen Sachverhalt: Kritik an Israel, so führte Abourezk aus, würde in den USA von einer starken zionistischen Lobby in Washington oder von der Angst, antisemitisch genannt zu werden, zum Schweigen gebracht. «In diesem Land ist es viel einfacher, unsere eigene Regierung zu kritisieren als Israel zu kritisieren.» Es ist zu einer weitverbreiteten Technik geworden, jedwede politische Kritik an Israel als Kritik am Judentum zu diskriminieren. So würde Kritik an der politischen Praxis Israels a priori verunmöglicht: «Die israelische Lobby ist der mächtigste und durchdringendste ausländische Einflussfaktor in der amerikanischen Politik von heute; seine enormen legislativen Auswirkungen im US-Kongress sind gefährlich.» Abourezk bezeichnete die USA und deren Nahostpolitik im folgenden als «Gefangene» Israels. «Es gibt heute eine klare und gegenwärtige Gefahr für unsere eigenen Interessen, wenn wir irgendeiner ausländischen Macht erlauben – ohne Rücksicht auf ihren Status als Ver-

bündete – so sehr unser politisches System zu beherrschen, dass wir Handlungen begehen, die mit unseren eigenen Interessen unvereinbar sind . . .» Angesichts dieses innenpolitischen Druckes zionistischer und amerikanischer, pro-israelischer Kreise wird der US-Nahostpolitik eine mehr als verbale Umorientierung sehr schwerfallen. Noch reicht auch die Bekräftigung aus, sich für die arabischen Rechte einzusetzen, um die Regimes in Damaskus, Kairo und Riad ruhig zu halten.

Es besteht indessen kein Zweifel daran, dass dieser Status quo – so günstig er momentan für die USA zu sein scheint – längerfristig ein Konfliktpotential in sich birgt, das die Position der Vereinigten Staaten im Nahen Osten entscheidend schwächen könnte. Solches antizipierte auch die Carter-Administration; in diesem Sinne konstatierte William B. Quandt, dass sich Washington aktiv um eine Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts bemühen müsse, falls es weiterhin eine so günstige und global anerkannte Stellung im Nahen Osten bewahren wolle.

«Wenn es den Vereinigten Staaten nicht gelingt, eine wirksame Formel zu finden, durch die die palästinensischen Interessen in den Prozess der Friedensregelung einbezogen werden können, erhebt sich die Gefahr einer neuen Runde des Krieges. In diesem Falle würden die Vereinigten Staaten höchstwahrscheinlich auf der Seite der Israelis stehen und sich so arabischen Repressalien in Form von Ölembargos und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen aussetzen. Das könnte die Uhr auf die Zeit nach 1967 zurückstellen, als der amerikanische Einfluss in der arabischen Welt im Schwinden war, während der sowjetische Einfluss schnell wuchs. Diesmal steht jedoch viel

mehr auf dem Spiel, und die Kosten wären direkter zu spüren.»

Dass die Vorschläge der US-Administration indessen auf eine israelische Bereitwilligkeit stossen, ist unwahrscheinlicher denn je. Die ausdrückliche Feststellung des Likud-Blocks, sich jeder Friedensregelung zu widersetzen, die einen israelischen Rückzug aus Westjordanien und Gaza impliziert, verunmöglicht jedweden Ausgleich im Nahen Osten und versperrt *definitiv* den Weg zu einer Verhandlungslösung zwischen dem Judenstaat und seinen arabischen Nachbarn. Nicht nur räumt Israel keine besetzten Gebiete, sondern *installiert* sich dort: entsprechend bewährter zionistischer Strategie werden in Gaza, in Westjordanien und seit 1982 im Südlibanon einmal mehr *vollendete Tatsachen* geschaffen.

Nachdem die israelische Politik seit den endsiebziger Jahren mehr den je von Extremisten wie Begin, Shamir, Cohen, Weizman und Sharon bestimmt wird, kommen die expansionistischen Tendenzen des Zionismus in einem Masse zum Ausdruck, wie es noch nie die israelische Politik charakterisierte. Diese Regierung setzt mit Nachdruck die eigenen Rüstungsanstrengungen fort, die schon die Arbeiterpartei intensiviert. In Begins Programm figurierte die Zielvorstellung, militärisch zu 80% von den USA unabhängig zu werden; zum Aufbau dieser eigenen gewaltigen Rüstungsindustrie soll das «jüdische Volk» in der ganzen Welt «seinen Beitrag» leisten. Diese enormen rüstungstechnischen und rüstungsökonomischen Anstrengungen, die sich sofort nach dem Regierungsantritt der Begin-Koalition auch in der Schaffung einer Spezialkommission für Militärfragen manifestierten, verdeutlichen die Rückkehr zum harten

Zionismus der «Gründerjahre», der auch nicht den mindesten Kompromiss mit den Arabern sucht. In weitester Ferne ist damit vor allem ein Ausgleich mit den Palästinensern gerückt; wenn schon Rabin nach dem 13. Palästinensischen Nationalkongress ankündigte, dass «der Dialog mit der PLO nur auf dem Schlachtfeld möglich ist», bestätigten die Shamir, Arens, Begin und Sharon der PLO immer wieder, dass auch keine Anerkennung des Staates Israel von seiten der Palästinenser nichts am Kampfe des Judenstaates gegen die PLO änderte.

Dabei nahm die Koalition aus Likud und Nationalreligiösen die Konfliktträchtigkeit ihrer Politik bewusst in Kauf, weil sie aus zionistischer Erfahrung besser wusste als jedwede andere politische Gruppierung, dass der Zionismus am erfolgreichsten dann ist, wenn er einen intendierten Spannungszustand aufrechterhält. Letzterer garantiert nämlich:

- die Rekordhöhe des Finanzflusses aus der Diaspora,
- die erzwungene Unterstützung der westlichen Welt, primär der USA,
- die innere Ruhe, d.h. die ebenfalls erzwungene Beilegung der sozialen und ökonomischen Konflikte Israels,
- den durch «äussere Bedrohung» geschaffenen nationalen Konsens der heterogenen jüdischen Bevölkerung.

Angesichts dieses Spannungszustandes, den zionistische Politik nachgerade benötigt, um solvent zu bleiben, drängt sich die Frage auf, was Israel aus dem zionistischen Traum gemacht hat, den bedrängten Juden endlich eine friedvolle Heimat zu schaffen.